

Prof. Dr. Klaus Buchner, Straßberger Straße 16, 80809 München

Lukas Weber, Von-Erlbeck-Straße 4, 92690 Pressath

Dr. Claudius Moseler, Neckarstraße 27-29, 55118 Mainz

An den

Präsidenten des Deutschen Bundestages

Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert

Platz der Republik 1

11011 Berlin

24. Juli 2009

Einspruch gegen die Europawahl

Wir legen gegen die Gültigkeit der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland vom 7. Juni 2009

E I N S P R U C H

ein.

Die Einspruchsführer sind Mitglieder der Ökologisch-Demokratischen Partei Deutschlands (ÖDP).

Prof. Dr. Klaus Buchner ist unser Bevollmächtigter.

Professor Buchner war der Listenführer der gemeinsamen Liste der ÖDP für alle Länder Deutschlands, des Wahlgebietes. Auf die ÖDP sind 0,5 % der abgegebenen gültigen Stimmen entfallen. Gemäß § 2 Abs. 7 Europawahlgesetz (EuWG) ist der Wahlvorschlag der ÖDP bei der Verteilung der Sitze nicht berücksichtigt worden, weil er nicht „5 von Hundert der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erhalten“ hat.

§ 2 Abs. 7 EuWG ist verfassungswidrig. Demzufolge ist es verfassungswidrig, daß der Wahlvorschlag der ÖDP bei der Verteilung der Sitze der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt worden ist.

I

1. Alle Wahlvorschläge müssen bei dieser Verteilung der Sitze berücksichtigt werden und gemäß ihrem Stimmenanteil Sitze im Europäischen Parlament zugeteilt bekommen. Grundlage der 5%-Sperrklausel ist das Verhältniswahlssystem mit Listenwahlvorschlägen, welches § 2 Abs. 1 S. 1 EuWG vorschreibt. Dieses Wahlsystem ist verfassungsrechtlich bedenklich, weil es erfahrungsgemäß die Republik in einen Parteienstaat wandelt; denn nur Parteien oder „sonstige mitgliedschaftlich organisierte, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mitwirkung in Volksvertretungen ausgerichtete Vereinigungen“, also parteiähnliche Vereinigungen, können Wahlvorschläge einreichen (§ 8 Abs. 1 EuWG). Ein Korrektiv des Verhältniswahlsystems durch Elemente der Persönlichkeitswahl (Kreiswahlen) wie bei der Bundestagswahl (§ 1 Abs. 2 BWG) gibt es nicht.

Durch die 5 %-Sperrklausel wird den Wählern der (vielen) kleinen Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen die Chance genommen, durch Abgeordnete im Europäischen Parlament repräsentiert zu werden, obwohl in Deutschland etwa 1 % der Stimmen genügen würde, um einen Sitz in diesem Parlament zu erreichen. Die Wählerschaft würde ohne die 5 %-Sperrklausel im Europäischen Parlament anders repräsentiert werden als mit dieser Klausel. Hinzu kommt, daß die Wähler kleinen Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen die Stimmen vorenthalten, weil sie befürchten (müssen), daß ihre Stimmabgabe für die Sitzverteilung ohne Relevanz bleiben wird. Die 5 %-Sperrklausel verletzt somit das Prinzip der Gleichheit der Wahl, das nicht nur in § 1 EuWG steht, sondern als zwingender Wahlrechtsgrundsatz aus der Gleichheit der Bürger in der Freiheit folgt, wie Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG erweist. Das Prinzip wahlrechtlicher formaler Gleichheit (Egalität) gilt zumindest für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland mit Verfassungsrang. Die Besonderheiten der (sehr fragwürdigen) degressiven Proportionalität der Vertretungen der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament des (vermeintlichen) Staatenverbundes der Europäischen Union, nämlich der Verbund großer und kleiner Mitgliedstaaten, kommen für die nationalen Wahlen zum Europäischen Parlament nicht zum Tragen.

2. Zudem ist das verfassungsrangige Prinzip der Chancengleichheit der Parteien bei den Wahlen, das allgemein aus dem demokratischen Prinzip und insbesondere aus Art. 38 Abs. 1 GG, den Wahlgrundsätzen, und aus Art. 21 Abs. 1 GG, wonach die Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken, folgt. Die Bildung der Parteien und die Mitwirkung in den Parteien sind frei. In den Parteien und den parteiähnlichen Vereinigungen wirken Bürger an der politischen Willensbildung mit. Weil die Bürger in ihrer Freiheit gleich sind und demgemäß das gleiche Recht zur Teilhabe an der politischen Willensbildung haben, muß den Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen die Chancengleichheit bei Wahlen gewährleistet werden. Die 5 %-Sperrklausel läßt aber den kleinen Parteien und den parteiähnlichen Vereinigungen, oft neue politische Gruppierungen, so gut wie keine Chance, an der politischen Willensbildung in den wichtigsten Organen demokratischer Gemeinwesen, den Parlamenten, mitzuwirken. Neue oder auch kritische

oder auch oppositionelle politische Orientierungen pflegen sich aus kleinen Gruppen, manchmal um einzelne Persönlichkeiten herum, zu entfalten. Ihre Chancen, ihre politischen Einsichten für das Gemeinwesen zur Geltung zu bringen, werden dadurch, daß sie an der Möglichkeit, in einem Parlament mitzuwirken, durch die 5 %-Sperrklausel wirksam behindert werden, gleichheitswidrig geschmälert.

II

1. Das Bundesverfassungsgericht hat die 5 %-Sperrklausel auch im Europawahlgesetz in der Entscheidung vom 22. Mai 1979 (BVerfGE 51, 222 ff.) nicht als verfassungswidrig erkannt, weil sie die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments ermögliche. Dieses Argument überzeugt nicht und vermag den schweren Gleichheitsverstoß des deutschen Europawahlgesetzes nicht zu rechtfertigen. Nur zwingende Gründe, welche sich aus dem Prinzip der Funktionsfähigkeit des jeweiligen Parlaments ergeben, können nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts die Einschränkung der wahlrechtlichen Egalität und der Chancengleichheit der Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen im Wahlverfahren rechtfertigen. Diese Gründe dürfen nicht lediglich fingiert sein, sondern müssen sich in der Praxis erwiesen haben, also empirisch nachweisbar sein.

Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments bedarf jedoch in keiner Weise der Ausgrenzung der Abgeordneten aus Deutschland, die nicht auf Listen gewählt worden sind, welche im Wahlgebiet, also in Deutschland, 5 % der gültigen abgegebenen Stimmen erreicht haben.

2. Das Argument der Funktionsfähigkeit des Parlaments, das für mancherlei parlamentsrechtliche Regelungen tragfähig ist, vermag die Ausgrenzung einzelnen Abgeordneter oder kleiner Gruppen von Abgeordneten, deren Wahlvorschlag die 5 %-Sperrklausel nicht überwunden haben, schon aus grundsätzlichen Erwägungen des Prinzips einer freiheitlichen Demokratie nicht zu rechtfertigen. Die Sperrklausel dient ausschließlich der Abschottung der großen Parteien gegen die kleinen Parteien und parteiähnlichen Vereinigungen. Die großen Parteien, welche die 5 %-Sperrklausel aufgestellt haben, wollen vornehmlich ihren Kandidaten Sitze im Europäischen Parlament reservieren und dadurch ihren politischen Einfluß entgegen den Wahlergebnissen verstärken. Durch Nichts läßt sich dartun, daß die Abgeordneten der großen Parteien im Europäischen Parlament dem Gemeinwohl, sei es das der Europäischen Union insgesamt oder sei es das Deutschlands, besser dienen als Abgeordnete der kleinen Parteien oder parteiähnlichen Vereinigungen.

Das Gemeinwohl ist das für die jeweilige politische Lage Richtige auf der Grundlage der Wahrheit. Dies zu erkennen und demgemäß durch Rechtssätze verbindlich zu machen ist Aufgabe der Abgeordneten in jedem Parlament. Die Annahme, daß die Bindung der Abgeordneten an die Beschlüsse der Parteien oder der parteigebundenen Fraktionen im Parlament die Richtigkeitsgewähr der Abstimmung der einzelnen Abgeordneten erhöhe, ist nicht nur empirisch durch nichts belegbar, sondern vor allem rechtlich

bedenklich, weil sie der Magna Charta des Abgeordneten widerspricht, nämlich dessen Unabhängigkeit und Gewissensbindung. Auch die Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie sind nicht Vertreter einer Partei, sondern Vertreter des ganzen Volkes. Die Gewissensbindung besagt, daß die Abgeordneten ihren Erkenntnissen von der Richtigkeit der Politik folgen sollen. Der Abgeordnete hat in stellvertretender Sittlichkeit (praktischer Vernunft) zu erkennen, welches der politische Wille des Volkes ist.

Der Abgeordnete, der keiner großen Partei angehört, welche viele Abgeordnete in das Parlament entsendet, ist nicht weniger erkenntnisfähig als jene, die alle zur eigenverantwortlichen Erkenntnis verpflichtet sind. Erkenntnisse sind notwendig höchstpersönlich. Die Erkenntnisse soll der Abgeordnete aus dem öffentlichen und parlamentarischen Diskurs der jeweiligen Politik gewinnen. An diesem Diskurs kann und soll sich jeder Abgeordnete in der geeigneten Weise beteiligen, ganz unabhängig davon, ob er einer großen oder einer kleinen Partei oder einer parteiähnlichen Vereinigung angehört. Jeder Abgeordnete ist verpflichtet, seiner Aufgabe gemäß bestmöglich zur politischen Arbeit des Parlaments beizutragen und hat keinesfalls das Recht, sich nicht um die Richtigkeit der Rechtssätze zu bemühen, die das Parlament beschließt, oder gar das Recht zur Obstruktion.

Den Abgeordneten kleinerer Parteien oder parteiähnlichen Vereinigungen zu unterstellen, daß sie die Funktionsfähigkeit des Parlaments gefährden, ist verfassungswidrig. Demgemäß vertritt ein Abgeordneter im Europäischen Parlament aus Deutschland das ganze deutsche Volk und nicht etwa seine Partei. Die Prinzipien des Art. 38 Abs. 1 GG gelten auch für die Wahl zum Europäischen Parlament, weil sie aus dem demokratischen Prinzip der Republik folgen, also aus der Freiheit und Gleichheit der Bürger in ihrer Würde begründet sind. Diese lassen sich nur in einem Parlamentarismus verwirklichen, in dem die Abgeordneten als Vertreter des Volkes durch die Aufgabe, die richtige Politik zu erkennen, definiert sind. Sonst würde das Europäische Parlament nicht den elementaren demokratischen Grundsätzen entsprechen (Art. 23 Abs. 1 S. 1 GG). Nicht das Mehrheitsprinzip definiert das demokratische Prinzip der Republik, sondern das Erkenntnisprinzip.

III

1. Das Argument der Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments greift schon deswegen nicht, weil in diesem Parlament viele Abgeordnete Sitz und Stimme haben, welche nicht zu einer größeren Gruppe von Abgeordneten einer Partei oder parteiähnlichen Vereinigung eines Mitgliedstaats gehören, sondern die einzigen Abgeordneten einer Partei oder parteiähnlichen Vereinigung sind oder nur einer kleineren Gruppe derselben angehören. Ein Wahlvorschlag, der nach dem deutschen Europawahlgesetz berücksichtigt wird, bringt wegen der 5 %-Sperrklausel zumindest fünf Abgeordnete in

das Europäische Parlament. Es gibt aber viele Abgeordnete im Europäischen Parlament, die keiner solchen Gruppe angehören oder nur mit weniger als fünf Abgeordneten parteilich oder parteiähnlich verbunden sind. Wir fügen eine Auflistung der Abgeordneten des Parlaments in der neuen Zusammensetzung und deren Partei- oder Vereinigungszugehörigkeit an (Anlage 1).

2. Im übrigen bilden sich die Fraktionen im Europäischen Parlament nicht national, sondern parteiorientiert unional. Die beigefügte Auflistung der Fraktionen und ihrer parteipolitischen und nationalen Zusammensetzung zeigt das auf (Anlage 2). Wenn man die Arbeitsfähigkeit des Europäischen Parlaments von der Fraktionalität desselben abhängig sieht, weil die Geschäftsordnung den Fraktionen einen herausgehobenen Status gibt, schadet die Mitgliedschaft von Abgeordneten, die allein oder in kleinen Gruppen ihre Partei oder parteiähnliche Vereinigung repräsentieren, der Arbeitsfähigkeit des Parlaments in keiner Weise, abgesehen davon, daß der parteilich Fraktionismus der Unabhängigkeit der Abgeordneten widerspricht.

3. Deutschland beeinträchtigt die Gleichheit zur Wahl zum Europäischen Parlament durch eine 5 %-Sperrklausel, obwohl die deutschen Wähler ohnehin das geringste Stimmengewicht im Europäischen Parlament haben. Wer als deutscher Wähler eine bestimmte politische Richtung im Europäischen Parlament zur Geltung bringen will, benötigt wegen der 5 %-Sperrklausel bei 50 % Wahlbeteiligung etwa 1,5 Millionen Wähler, welche dieselbe Partei oder parteiähnliche Vereinigung wählen wie er selbst. Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben nicht einmal so viele Wähler. Die 5 %-Sperrklausel verschärft den Gleichheitsverstoß, den deutsche Wähler ohnehin durch die Disproportionalität der Wahlen zum Europäischen Parlament erleiden. Das ist grob demokratiewidrig.

4. Auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben Sperrklauseln, freilich der kleinere Teil, 13 von 27 Staaten. In den Mitgliedstaaten, die nicht mehr als zwanzig Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden, sind die Sperrklauseln bis 5% bedeutungslos, weil der Wahlvorschlag seine Partei oder parteiähnliche Vereinigung ohnehin 5% der gültigen Stimmen auf sich vereinigen muß, um einen Sitz im Parlament zu erreichen. Relevanz hat die Sperrklausel vor allem in Deutschland (99 Sitze), Frankreich (72 Sitze), Italien (72 Sitze), Polen (50 Sitze) Rumänien (33 Sitze). Marginale Relevanz hat sie in Ungarn (22 Sitze), Tschechien (22 Sitze) und Griechenland (22 Sitze). Keine Sperrklauseln haben trotz ihrer Größe Großbritannien (72 Sitze) und Spanien (50 Sitze).

IV

Trotz der vielen „vereinzelten“ Abgeordneten im Europäischen Parlament, deren Zahl durch die Erweiterung der Union durch viele kleine Staaten zugenommen hat, ist im Laufe der Geschichte dieses Parlaments nicht einmal die Funktionsfähigkeit zweifelhaft gewesen oder auch nur beklagt worden, daß das Parlament nicht funktionsfähig sei. Ge-

fahren für die Funktionsfähigkeit müssen sich in der Praxis zeigen, also durch Tatsachen nachweisbar sein. Deren Hypothesierung genügt nicht.

Die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments ist nicht gefährdet, wenn in Deutschland alle Wahlvorschläge bei der Sitzverteilung berücksichtigt werden, die soviel gültige Stimmen bei der Wahl zum Europäischen Parlament abgegeben wurden, daß zumindest einer ihrer Kandidaten einen der 99 Sitze erreicht, die Deutschland zustehen. § 2 Abs. 7 EuWG ist verfassungswidrig. Demgemäß war die Europawahl vom 7. Juni 2009 verfassungswidrig. Die Feststellung des Wahlergebnisses ist rechtswidrig und aufzuheben. Die Wahl ist zu wiederholen.

Anlage

Prof. Dr. Klaus Buchner





























Mitgliedsparteien

Die EVP-Fraktion umfasst in der Legislaturperiode 2009-14 Parteien aus allen EU-Mitgliedsländern mit Ausnahme von [Großbritannien](#). Im Einzelnen handelt es sich um Folgende (Stand Juli 2009):

Kürzel	Partei	Abgeordnete	Land
CDH	Centre Démocrate Humaniste	2	Belgien (Wallonie)
CD&V	Christen Democratisch en Vlaams	3	Belgien (Flandern)
GERB	Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens	5	Bulgarien
SDS	Union der Demokratischen Kräfte	1	Bulgarien
KF	Det Konservative Folkeparti	1	Dänemark
CDU	Christlich Demokratische Union	34	Deutschland
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern	8	Deutschland (Bayern)
IRL	Isamaa ja Res Publica Liit	1	Estland
KOK	Kansallinen Kokoomus-Samlingspartiet	3	Finnland
KD	Kristillisdemokraatit	1	Finnland
LGM	La gauche moderne	2	Frankreich
NC	Nouveau Centre	3	Frankreich
UMP	Union pour un mouvement populaire	24	Frankreich
ND	Nea Dimokratia	8	Griechenland
FG	Fine Gael	4	Irland
PdL	Popolo della Libertà	29	Italien
SVP	Südtiroler Volkspartei	1	Italien
UDC	Unione di Centro	5	Italien
JL	Jaunais Laiks	1	Lettland
PS	Pilsoniska Savieniba	2	Lettland
TS-LKD	Tėvynės Sąjunga - Lietuvos krikščionys demokratai	4	Litauen
CSV	Chrëschtlech Sozial Vollékspartei	3	Luxemburg
PN	Partit Nazzjonalista	2	Malta
CDA	Christen Democratisch Appèl	5	Niederlande
ÖVP	Österreichische Volkspartei	6	Österreich
PO	Platforma Obywatelska	25	Polen
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe	3	Polen
CDS-PP	Centro Democrático e Social – Partido Popular	2	Portugal
PSD	Partido Social Democrata	8	Portugal
UDMR	Uniunea Democrată a Maghiarilor din România/Româniai Magyar Demokrata Szövetség	3	Rumänien
PD	Partidul Democrat Liberal	10	Rumänien
–	(parteilos)	1	Rumänien
KD	Kristdemokraterna	1	Schweden
M	Moderata samlingspartiet	4	Schweden
SDKÚ-DS	Slovenská Demokratická a Kresťanská Únia - Demokratická strana	2	Slowakei
SMK-MKP	Strana Maďarskej Koalicie/Magyar Koalíció Pártja	2	Slowakei
KDH	Kresťansko-Demokratické Hnutie	2	Slowakei
SDS	Slovenska Demokraska Stranka	2	Slowenien
N.Si	Nova Slovenija	1	Slowenien
PP	Partido Popular	23	Spanien
KDU-ČSL	Křesťanská a demokratická unie - Československá strana lidová	2	Tschechien
Fidesz-MPSZ	Fidesz-Magyar Polgári Szövetség	14	Ungarn
DISY	Dimokratikos Synagermos	2	Zypern

Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament Mitglieder der Fraktion

In der folgenden Tabelle werden die nationalen Mitgliedsparteien der Fraktion aufgeführt.

Land	Nationale Mitgliedspartei(en)	MdEP
 Belgien	Parti Socialiste	3
 Belgien	Socialistische Partij Anders	2
 Bulgarien	Bulgarische Sozialistische Partei	4
 Dänemark	Socialdemokraterne	4
 Deutschland	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	23
 Estland	Sotsiaaldemokraatlik Erakond	1
 Finnland	Suomen sosialidemokraattinen puolue	2
 Frankreich	Parti socialiste	14
 Griechenland	Panellinio Sosialistiko Kinima	8
 Irland	Irish Labour Party	3
 Italien	Partito Democratico	21
 Litauen	Lietuvos socialdemokratų partija	3
 Luxemburg	Lëtzebuenger Sozialistesche Arbechterpartei	1
 Malta	Partit Laburista	3
 Niederlande	Partij van de Arbeid	3
 Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs	4
 Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej	7
 Portugal	Partido Socialista	7
 Rumänien	Partidul Social Democrat	11
 Schweden	Sveriges socialdemokratiska arbetareparti	5
 Slowakei	SMER – sociálna demokracia	5
 Slowenien	Socialni demokrati	2
 Spanien	Partido Socialista Obrero Español	21
 Tschechien	Česká strana sociálně demokratická	7
 Ungarn	Magyar Szocialista Párt	4
 Vereinigtes Königreich	Labour Party	13
 Zypern	EDEK	1
 Zypern	DIKO	1



















Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie




ALDE (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa) ist seit [2004](#) eine [Fraktion des Europäischen Parlaments](#) und eine Gruppe in der [Parlamentarischen Versammlung des Europarats](#) (PACE).

Sie besteht aus den Abgeordneten der liberalen [ELDR](#) (Europäische Liberal-Demokratische Reformpartei), zu denen die deutsche [FDP](#) und die liberalen Parteien auf europäischer Ebene gehören, und der [EDP](#) (Europäische Demokratische Partei), einer Vereinigung von europäischen Zentrumsparteien. Insgesamt umfasst die ALDE-Fraktion 84 Mitglieder und stellt somit als drittstärkste Gruppe 11,4% der Mitglieder des Parlaments. Die deutsche Landesgruppe wird von [Silvana Koch-Mehrin](#) geleitet. Vorsitzender der ALDE-Fraktion ist der Flame [Guy Verhofstadt](#).

Nationale Parteien in der Fraktion

Im Folgenden werden die Mitglieder der Fraktion in der Legislaturperiode 2009-2014 genannt.

Land	Partei		MdEP	
	Logo	Name	Anzahl	Mitglieder
 Belgien		Mouvement Réformateur	2	Louis Michel , Frédérique Ries
		Vlaamse Liberalen en Democraten	3	Annemie Neyts-Uyttebroeck , Dirk Sterckx , Guy Verhofstadt
 Bulgarien		Dviženie za Prava i Svobodi	3	Mariela Velichkova Baeva , Metin Kazak , Vladko Todorov Panayotov
		Nationale Bewegung für Stabilität und Fortschritt	2	Stanimir Ilchev , Antonyia Parvanova
 Dänemark		Venstre	3	Anne Elisabet Jensen , Morten Løkkegaard , Jens Rohde
 Deutschland		Freie Demokratische Partei	12	Alexander Alvaro , Jorgo Chatzimarkakis , Jürgen Creutzmann , Nadja Hirsch , Wolf Klinz , Silvana Koch-Mehrin , Holger Krahrmer , Alexander Graf Lambsdorff , Gesine Meißner , Britta Reimers , Alexandra Thein , Michael Theurer
 Estland		Reformierakond	1	Kristiina Ojuland
		Keskerakond	2	Siiri Oviir , Vilja Savisaar
 Finnland		Suomen Keskusta	3	Anneli Jäätteenmäki , Hannu Takkula
		Svenska folkpartiet	1	Carl Haglund
 Frankreich		Mouvement démocrate	6	Jean-Luc Bennahmias , Marielle De Sarnez , Sylvie Goulard , Nathalie Griesbeck , Corinne Lepage , Robert Rochefort
 Irland		Fianna Fáil	3	Liam Aylward , Brian Crowley , Pat Gallagher
		Unabhängig	1	Marian Harkin

 Italien		Italia dei Valori	7	Sonia Alfano , Pino Arlacchi , Luigi De Magistris , Vincenzo Iovine , Niccolò Rinaldi , Giommaria Uggias , Gianni Vattimo
 Lettland		Latvijas Ceļš	1	Ivars Godmanis
 Litauen		Darbo Partija	1	Viktor Uspaskich
		Lietuvos Respublikos liberalų sąjūdis	1	Leonidas Donskis
 Luxemburg		Demokratesch Partei	1	Charles Goerens
 Niederlande		Volkspartij voor Vrijheid en Democratie	3	Jeanine Hennis-Plasschaert , Toine Manders , Johannes Cornelis Van Baalen
		Democraten 66	3	Gerben-Jan Gerbrandy , Marietje Schaake , Sophie in 't Veld
 Rumänien		Partidul Național Liberal	5	Cristian Silviu Bușoi , Ramona Nicole Mănescu , Norica Nicolai , Adina-Ioana Vălean , Renate Weber
 Schweden		Folkpartiet liberalerna	3	Marit Paulsen , Olle Schmidt , Cecilia Wikström
		Centerpartiet	1	Lena Ek
 Slowakei		ES-HZDS	1	Sergej Kozlík
 Slowenien		Liberalna Demokracija Slovenije	1	Jelko Kacin
		Zares	1	Ivo Vajgl
 Spanien		Partido Nacionalista Vasco	1	Izaskun Bilbao Barandica
		Convergència Democràtica de Catalunya	1	Ramón Tremosa i Balcells
 Vereinigtes Königreich		Liberal Democrats	11	Catherine Bearder , Sharon Bowles , Chris Davies , Andrew Duff , Fiona Hall , Sarah Ludford , Elizabeth Lynne , George Lyon , Bill Newton Dunn , Diana Wallis , Graham Watson

In der Legislaturperiode 2004-09 gehörte auch die Österreicherin [Karin Resetarits](#) der Fraktion an. Sie war 2005 nach Zerwürfnissen mit [Hans-Peter Martin](#), auf dessen Liste sie bei der [Europawahl 2004](#) kandidiert hatte, zu den Liberalen gewechselt und vertrat bis zu den Wahlen zum europäischen Parlament 2009 das [Liberale Forum](#) im Europaparlament.

Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Fraktions-sitzung 2004 im Europäischen Parlament

Die **Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz** (Grüne/FEA) ist eine der [Fraktionen](#) im [Europäischen Parlament](#).

Diese Fraktion besteht aus zwei Organisationen, der [Europäischen Grünen Partei](#) (englisch: *European Green Party*; EGP) und der [Europäischen Freien Allianz](#) (EFA).

Deutschsprachige Mitgliedsparteien:

- [Bündnis 90/Die Grünen](#) (Deutschland)
- [Die Grünen - Die Grüne Alternative](#) (Österreich)
- als einzelner Abgeordneter [Sepp Kusstatscher](#) von den [Südtiroler Grünen](#)

Mitglieder der Fraktion (geordnet nach nationalen Parteien)

Im Folgenden werden die Mitglieder der Fraktion in der Legislaturperiode 2004-2009 genannt. Das bei der [Europawahl 2009](#) neu gewählte Parlament wird sich am 18. Juli 2009 konstituieren, sodass dann auch die Zusammensetzung der neuen Fraktion feststehen wird.

Land	Partei	MdEP	
		Anzahl	Mitglieder
 Belgien	Ecolo	1	Pierre Jonckheer
	Groen!	1	Bart Staes
 Dänemark	Socialistisk Folkeparti	1	Margrete Auken
 Finnland	Vihreä Liitto	1	Satu Hassi
 Frankreich	Les Verts	6	Marie-Hélène Aubert , Jean-Luc Bennaïmas , Hélène Flautre , Marie Anne Isler Béguin , Alain Lipietz , Gérard Onesta
	Bündnis 90/Die Grünen	13	Angelika Beer , Hiltrud Breyer , Daniel Cohn-Bendit , Michael Cramer , Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf , Rebecca Harms , Milan Horáček , Gisela Kallenbach , Cem Özdemir , Heide Rühle , Frithjof Schmidt , Elisabeth Schroedter , Helga Trüpel
 Italien	Federazione dei Verdi	2	Monica Frassoni , Sepp Kusstatscher
 Lettland	Par Cilvēka Tiesībām Vienotā Latvijā	1	Tatjana Ždanoka
 Luxemburg	Déi Gréng	1	Claude Turmes
 Niederlande	GroenLinks	2	Kathalijne Maria Buitenweg , Joost Lagendijk
	Europa Transparant	2	Paul van Buitenen , Elly de Groen-Kouwenhoven
 Österreich	Die Grünen – Die grüne Alternative	2	Eva Lichtenberger , Johannes Voggenhuber
 Rumänien	Parteiloser	1	László Tőkés
 Schweden	Miljöpartiet de Gröna	1	Carl Schlyter
	Piratpartiet	1	Lars Christian Engström
 Spanien	Confederación de los Verdes	1	David Hammerstein
	Iniciativa per Catalunya Verds	1	Raül Romeva i Rueda
	Eusko Alkartasuna	1	Mikel Irujo Amezaga
 Vereinigtes Königreich	Green Party of England and Wales	2	Jean Lambert , Caroline Lucas
	Scottish National Party	2	Ian Hudghton , Alyn Smith
	Plaid Cymru	1	Jill Evans

Europäische Konservative und Reformisten aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie









Die **Europäischen Konservativen und Reformisten** (ECR, nach der englischen Bezeichnung *European Conservatives and Reformists*) ist eine 2009 gegründete konservative und europaskeptische [Fraktion](#) im [Europäischen Parlament](#). Sie umfasst die britische [Conservative Party](#), die tschechische [ODS](#), die polnische [PiS](#) sowie mehrere kleinere Parteien aus verschiedenen Ländern. Mit insgesamt 55 [Europaabgeordneten](#) ist sie die viertgrößte Fraktion des Parlaments. Sie ist *de facto* die Nachfolgerin der nationalkonservativen Fraktion [Union für ein Europa der Nationen](#) (UEN), allerdings mit deutlich veränderter Mitgliederstruktur.

Die ECR wurde am 22. Juni 2009 in Folge der [Europawahl 2009](#) gegründet. Ihre Mitglieder hatten zuvor verschiedenen anderen Fraktionen angehört: Die Conservative Party und die ODS waren als Mitglieder der [Europäischen Demokraten](#) in der christdemokratisch-konservativen Fraktion [EVP-ED](#) gewesen, während die PiS und andere Mitglieder der nationalkonservativen Fraktion [UEN](#) angehört hatten. Einige kleinere Parteien der ECR waren auch in der europaskeptischen Fraktion [Ind/Dem](#) gewesen.

Bereits 2006 hatte der Parteichef der britischen Konservativen, [David Cameron](#), seinen Entschluss angekündigt, die Partei nach der Europawahl 2009 aus der EVP-ED-Fraktion austreten zu lassen. Hierzu hatte er zunächst mit der ODS die [Bewegung für Europäische Reform](#) gegründet, die nach den ursprünglichen Plänen zu einer eigenen [europäischen Partei](#) führen sollte. Da dieses Projekt an der fehlenden Zahl von Mitgliedsparteien scheiterte, begannen ab Anfang 2009 Verhandlungen mit UEN-Mitgliedern, die schließlich kurz vor den Europawahlen zur öffentlichen Ankündigung der Gründung einer neuen Fraktion durch Conservatives, ODS und PiS führten. Diesem Plan schlossen sich weitere Mitglieder der UEN sowie einige Abgeordnete der Ind/Dem-Fraktion an, sodass die ECR die Bedingungen für die Gründung einer Fraktion im Europaparlament erfüllte. Umgekehrt bildete sich aus den verbliebenen Mitgliedern der Ind/Dem-Fraktion und der UEN sowie neu ins Parlament gewählten Parteien die neue Fraktion [Europa der Freiheit und Demokratie](#). Die Zukunft der [Allianz für ein Europa der Nationen](#) (AEN) – der [europäischen politischen Partei](#), auf der die UEN-Fraktion basiert hatte – ist ungeklärt.

Mitglieder der Fraktion

In der folgenden Tabelle werden die nationalen Mitgliedsparteien der Fraktion aufgeführt.

Land	Nationale Mitgliedspartei(en)	MdEP
 Belgien	Lijst Dedecker (LDD)	1
 Lettland	Tēvzemei un Brīvībai (TB)	1
 Litauen	Lietuvos lenkų rinkimų akcija (LLRA)	1
 Niederlande	ChristenUnie (CU)	1
 Polen	Prawo i Sprawiedliwość (PiS)	15
 Tschechien	Občanská demokratická strana (ODS)	9
 Ungarn	Magyar Demokrata Fórum (MDF)	1
 Vereinigtes Königreich	Conservative Party	25
	Ulster Unionist Party (UUP)	1

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE
NORDISCHE GRÜNE LINKE
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP




















Parlamentariergruppe der europaweiten Protestkundgebung gegen die EU-[Dienstleistungsrichtlinie](#) am 19. März 2005 in Brüssel

Die **Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke** (*engl.*: *Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left*, *fr.*: *Groupe Confédéral de la Gauche Unitaire Européenne/Gauche Verte Nordique*), kurz **GUE/NGL**, ist ein europäisches Parteienbündnis und eine [Fraktion](#) im [Europäischen Parlament](#), der Vertreter verschiedener [sozialistischer](#) und [kommunistischer Parteien](#) angehören. Ihr Vorsitzender im Europäischen Parlament ist seit 1999 der Franzose [Francis Wurtz](#).

Aus Deutschland ist ihr [Die Linke](#) beigetreten. Einige der Parteien aus der GUE/NGL-Fraktion haben sich am 8. Mai 2004 zur [Partei der Europäischen Linken](#) zusammengeschlossen. Am 31. Januar und 1. Februar 2005 gründete sich zudem die [Nordisch grün-linke Allianz](#), deren Mitgliedsparteien mehrheitlich ebenfalls der GUE/NGL-Fraktion angehören.

Mitglieder

Seit der [Europawahl am 7. Juni 2009](#) hat das Parteienbündnis eine Fraktion mit 33 Mitgliedern im Europäischen Parlament. Die Zusammensetzung der Fraktion wird jedoch erst am 18. Juli offiziell, wenn sich das neu gewählte Parlament konstituiert.

Land	Nationale Mitgliedspartei	Untergruppe	MdEP
 Deutschland	Die Linke	UEL	8
 Finnland	Linksbündnis	NGL	0
 Frankreich	Linksfront	UEL	4
 Griechenland	Kommunistische Partei Griechenlands	UEL	2
	Koalition der Radikalen Linken	UEL	1
 Großbritannien	Sinn Féin	UEL	1
 Irland			1
 Italien	Partei der Kommunistischen Wiedegründung	UEL	0
	Partei der italienischen Kommunisten	UEL	0
 Niederlande	Sozialistische Partei	UEL	2
 Portugal	Demokratische Einheitskoalition	UEL	2
	Linksblock	UEL	3
 Schweden	Linkspartei	NGL	1
 Spanien	Vereinigte Linke	UEL	1
 Tschechien	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens	UEL	4
 Zypern	Fortschrittspartei des werktätigen Volkes	UEL	2
Parteien mit assoziierten Abgeordneten in der Fraktion			
 Dänemark	Volksbewegung gegen die EU	UEL	1
Assoziierte Parteien ohne Abgeordnete			
 Luxemburg	Die Linke	UEL	
 Rumänien	Sozialistische Allianzpartei	UEL	
 Slowakei	Kommunistische Partei der Slowakei	UEL	
Assoziierte Parteien außerhalb der EU			
 Schweiz	Partei der Arbeit der Schweiz	UEL	
 Norwegen	Sozialistische Linkspartei	NGL	

Europa der Freiheit und der Demokratie aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD, französische Abkürzung: ELD) ist eine [Fraktion im Europäischen Parlament](#), die [nationalkonservative](#) und [europaskeptische](#) Parteien umfasst. Sie wurde nach der [Europawahl 2009](#) gegründet und umfasst vor allem die britische [United Kingdom Independence Party](#) (UKIP) und die italienische [Lega Nord](#) sowie einige kleinere Parteien. Mit insgesamt 30 Abgeordneten ist sie die kleinste Fraktion des Parlaments. Sie ist *de facto* die Nachfolgerin der Fraktion [Unabhängigkeit und Demokratie](#) (Ind/Dem), allerdings gehören ihr auch Parteien an, die zuvor nicht Mitglied von Ind/Dem gewesen waren.

Nach der Europawahl 2009 hatten die Ind/Dem-Mitglieder allein nicht mehr die notwendige Anzahl an Europaabgeordneten, um eine eigene Fraktion zu bilden; dafür waren allerdings auch mehrere rechtsgerichtete und europaskeptische Parteien erstmals ins Parlament gewählt worden. Nachdem sich daraufhin einige Ind/Dem-Mitglieder der neu gegründeten Fraktion [Europäische Konservative und Reformisten](#) angeschlossen hatten, gelang es UKIP und Lega Nord, verschiedene rechtsgerichtete Kleinparteien für die Gründung einer neuen europaskeptischen Fraktion zu gewinnen. Diese wurde am 1. Juli 2009 auf einer Pressekonferenz bekannt gegeben.^[1]

Die Fraktion umfasst sowohl die zwei Europaabgeordneten von [Libertas](#) als auch vier Parlamentarier der [Allianz für ein Europa der Nationen](#) (AEN). Die meisten Mitglieder der Fraktion gehören allerdings keiner [europäischen Partei](#) an.

Nach der Gründung der Fraktion kündigte auch die österreichische [FPÖ](#) ihr Interesse an einer Teilnahme daran an, diese wurde jedoch von verschiedenen Fraktionsmitgliedern zunächst abgelehnt.

Mitglieder der Fraktion

Die Fraktion umfasst derzeit 32 Abgeordnete aus folgenden Mitgliedsparteien (Stand: 20. Juli 2009):

Herkunftsland	Partei	Europapartei	Abgeordnete
 Dänemark	Dansk Folkeparti	AEN	2
 Finnland	Wahre Finnen	Libertas	1
 Frankreich	MPF	Libertas	1
 Griechenland	LAOS	–	2
 Italien	Lega Nord	–	9
 Niederlande	SGP	–	1
 Litauen	TT	AEN	2
 Slowakei	SNS	–	1
 Vereinigtes Königreich	UKIP	–	13

Einzelnachweise

Non-Inscrits (abbreviated **NI**, singular **Non-Inscrit**; **English**: *Non-Attached Members*, abbreviated **NA**^[1]) are **Members of the European Parliament** (MEP) who do not sit in one of the **political groups**.

The MEPs may be part of a national party, or a **European political party** but for a political grouping in parliament to be formed there needs to be 25 MEPs from seven different states. Being part of a group grants access to state funds and committee seats but the group members must be ideologically tied. Groups of convenience, such as the **Technical Group of Independents** that previously existed, are no longer allowed and the minimum requirements of groups have been raised forcing more extreme elements to sit as NIs.

In the **6th European Parliament**, 23 right wing NIs briefly formed the **Identity, Tradition, Sovereignty** group at the start of 2007 but that collapsed on 14 November 2007 due to internal disagreements.

Non-Inscrits for European Parliament 2009-2014

Country	#	National Party	MEP	EU party
 Austria	3	Hans-Peter Martin's List	Martin Ehrenhauser	<i>None</i>
			Hans-Peter Martin	<i>None</i>
			Robert Sabitzer	<i>None</i>
	2	Freedom Party	Andreas Mölzer	<i>None</i>
			Franz Obermayr	<i>None</i>
 Belgium	2	Flemish Interest	Philip Claeys	<i>None</i>
			Frank Vanhecke	<i>None</i>
 Bulgaria	2	National Union Attack	Slavcho Binev	<i>None</i>
			Dimitar Stoyanov	<i>None</i>
 France	3	National Front	Bruno Gollnisch	Euronat
			Jean-Marie Le Pen	Euronat
			Marine Le Pen	Euronat
 Hungary	3	Jobbik	Zoltán Balczó	<i>None</i>
			Krisztina Morvai	<i>None</i>
			Csanád Szegedi	<i>None</i>
 Netherlands	4	Party for Freedom	Louis Bontes	<i>None</i>
			Barry Madlener	<i>None</i>
			Laurence Stassen	<i>None</i>
			Daniël van der Stoep	<i>None</i>
 Romania	3	Greater Romania Party	George Becali	<i>None</i>
			Claudiu Ciprian Tănăscu	<i>None</i>
			Corneliu Vadim Tudor	<i>None</i>
 Spain	1	Union, Progress and Democracy	Francisco Sosa Wagner	<i>None</i>
 United Kingdom	2	British National Party	Andrew Brons	Euronat
			Nick Griffin	Euronat
	1	Democratic Unionist Party	Diane Dodds	<i>None</i>
	1	formerly Conservative Party	Edward Macmillan-Scott	<i>None</i>